

Antrag LA01: Das Land gehört uns allen! Mehr Solidarität. Mehr Demokratie. Mehr Zukunft.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Präambel: Menschlichkeit. Gerechtigkeit. Antifaschismus.**

2 Die Linke ist die Partei der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und des
3 Antifaschismus. Hieraus leiten sich klar unsere politische Haltung und
4 unsere Forderungen ab. Menschlichkeit heißt für uns, die Würde und Rechte
5 jedes Menschen zu schützen - unabhängig von Herkunft, Geschlecht,
6 Einkommen, Religion, sexueller Orientierung oder Aufenthaltsstatus. Sie
7 verpflichtet uns zu Menschenrechten, Gleichberechtigung und einem humanen
8 Asylrecht. Gerechtigkeit heißt, Lebenschancen, Reichtum und Macht fairer
9 zu verteilen. Sie verlangt einen starken Sozialstaat, gerechte Steuern,
10 gute öffentliche Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse in
11 Stadt und Land.

12 **1. Eine andere Welt ist möglich**

13 Niemals allein. Immer gemeinsam. Das ist der Kern dessen, wofür wir als
14 Linke stehen: eine Gesellschaft, in der die Menschen ihr Zusammenleben
15 selbstbestimmt organisieren. Politik ist für uns niemals die Verwaltung
16 vermeintlicher Alternativlosigkeiten -sie muss die bewusste Gestaltung von
17 Rahmenbedingungen sein, die allen Menschen eine sichere und
18 selbstbestimmte Lebensperspektive ermöglichen. Wo wenige Menschen aufgrund
19 von Vermögen, Eigentum, gesellschaftlicher Stellung oder institutioneller
20 Macht erheblich mehr Einfluss haben, wo Entscheidungen im Interesse von
21 Konzernen und Profiten getroffen werden, ist politische Teilhabe
22 eingeschränkt. Mitgestaltung ist viel mehr als nur Wahlrecht!

23 **Menschlichkeit bedeutet für uns: Die Linke macht keine Politik mit der**
24 **Angst. Wir wollen Menschen Hoffnung geben.** Wir stellen uns gegen eine
25 gesellschaftliche Stimmung, die Neid, Hass und Angst potenziert. Wir
26 stellen uns gegen eine Politik, die alle Menschen, insbesondere
27 Migrant*innen, Kranke, arbeitende Menschen und
28 Grundsicherungsempfänger*innen zu Feindbildern erklärt – statt Lösungen
29 anzubieten. Wir stehen für eine Gesellschaft, die wir in Respekt und
30 solidarischem Miteinander gemeinsam entwickeln.

31 Wenn Regierende den Sozialstaat schleifen, die Demokratie aushöhlen und
32 zivilgesellschaftliches Engagement diskreditieren, stellen wir dem eine
33 Frage entgegen: wer erarbeitet den gesellschaftlichen Reichtum, wie setzen
34 wir ihn ein – und wer entscheidet darüber?

35 **Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr soziale Sicherheit!** Wir brauchen
36 einen Staat, der die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in den
37 Mittelpunkt seines Handelns stellt. Einen Staat, der die Daseinsvorsorge
38 und die öffentliche Infrastruktur selbstbewusst in die eigenen Hände nimmt
39 und verhindert, dass mit Ressourcen, die wir alle zum Leben brauchen,
40 wenige Profit machen auf Kosten aller!

41 **Wir brauchen mehr Demokratie und eine Stärkung der Zivilgesellschaft!** Wir
42 verteidigen parlamentarische Institutionen und Grundrechte entschieden
43 gegen die extreme Rechte, gegen Autoritarismus, Rassismus und
44 Menschenfeindlichkeit. Aber Mitbestimmung darf nicht an der Wahlurne
45 enden. Sie gehört in die Betriebe, an die Wohnungstüren, in Schulen und
46 Universitäten, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Überall, wo Menschen
47 zusammenkommen, müssen sie die reale Möglichkeit haben, ihr Miteinander
48 selbstbestimmt zu gestalten.

49 Ohne soziale Sicherheit bleibt Demokratie vor allem ein Werkzeug für jene,
50 die es sich leisten können. Ohne echte demokratische Teilhabe bleibt
51 sozialer Fortschritt vom Wohllollen anderer abhängig. Beides ist für uns
52 untrennbar miteinander verbunden. Und nur, wenn wir beides erkämpfen,
53 können wir diese Gesellschaft real verändern.

54 **2. Die Krise ist politisch gemacht.**

55 Die soziale und demokratische Krise unserer Gesellschaft ist nicht vom
56 Himmel gefallen. Sie ist auch das Ergebnis politischer Entscheidungen
57 darüber, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird, wofür öffentliche
58 Mittel eingesetzt werden und wessen Interessen politisches Gewicht haben.
59 Jahrzehnte des Sozialabbaus, der Privatisierung und der Unterfinanzierung
60 öffentlicher Infrastruktur haben das Leben vieler Menschen unsicherer und
61 ihre Möglichkeiten, die eigenen Lebensbedingungen mitzugestalten, kleiner
62 gemacht. Gerade in der Fläche des Landes erleben Menschen, was es
63 bedeutet, wenn Kommunen dauerhaft unterfinanziert sind: wenn
64 Busverbindungen ausgedünnt werden, die medizinische Versorgung schlechter
65 erreichbar ist, Jugendclubs schließen oder soziale und kulturelle Angebote
66 fehlen. Hier entscheidet die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen
67 darüber, ob gesellschaftliche Teilhabe überhaupt möglich ist. Und diese
68 Finanznot ist kein Naturgesetz. Sie ist die Folge bewusster politischer

Entscheidungen, die große Vermögen, gigantische Erbschaften und Kapitalgewinne schützen – zu Lasten der arbeitenden Mehrheit. Diese Erfahrung gesellschaftlicher Ohnmacht stärkt nicht automatisch die extreme Rechte. Aber sie schafft einen Nährboden für Frust, Enttäuschung und Vertrauensverlust, den die Rechte erfolgreich für ihre rassistische und autoritäre Politik nutzt.

a) Zerrüttete Gesellschaft auf dem Weg nach Rechts

Wer die extreme Rechte zurückdrängen will, muss auch über die Krise der vermeintlichen politischen Mitte von CDU und SPD sprechen: über eine Politik, die soziale Unsicherheit verschärft und zugleich immer häufiger rechte Deutungen und Forderungen übernimmt.

Zivilgesellschaftliche Strukturen, demokratische Kommunalpolitiker*innen, Vereine, Beratungsstellen und Aktivist*innen geraten zunehmend unter Druck: sie werden bedroht, eingeschüchtert, angegriffen. CDU und SPD schützen und stärken diese zivilgesellschaftlichen Strukturen nicht: sie diskreditieren sie zum Teil aktiv. Die Bundesregierung höhlt Förderprogramme wie „Demokratie leben“ aus. Die Landesregierung zerschlägt Beratungsstrukturen wie die Antidiskriminierungsberatung. So schaffen sie ein Klima der Unsicherheit. Statt bürgerschaftliches Engagement für die Demokratie und zivilgesellschaftliche Netzwerke gerade jetzt zu stärken, werden sie geschwächt. Statt sich den Problemerkzählungen der Rechten entgegenzustellen, werden diese übernommen.

Die Demokratie zu schützen, ist für Landes- und Bundesregierung keine Kür – es ist ihre verfassungsmäßige Pflicht. Die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD ist keine Frage politischer Opportunität. Eine Partei, die Demokratie und Rechtsstaat zerstören will, darf nicht dabei unterstützt werden, die Mittel der Demokratie für deren Abschaffung zu nutzen. Doch ein Verbotsverfahren allein wird die gesellschaftlichen Bedingungen nicht verändern, unter denen die extreme Rechte stark werden konnte. Antifaschistische Gegenwehr und der Kampf um soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und eine andere Verteilung von Macht und Reichtum gehören für uns deshalb zusammen.

b) Angriff auf den Sozialstaat, Angriff auf uns alle

Was wir derzeit erleben, ist der bislang größte Angriff auf den Sozialstaat in der Nachkriegsgeschichte. Aber er kommt nicht plötzlich. Er ist der Höhepunkt von mehr als 20 Jahren neoliberaler Politik, die spätestens mit Hartz IV und der Agenda 2010 begann. Einer Politik gegen

106 die Menschen, für die CDU, SPD, Grüne und FDP gleichermaßen Verantwortung
107 tragen. Aber noch keine Bundesregierung vor Merz hat die große Mehrheit
108 der Bevölkerung de facto zu ihrem Hauptgegner erklärt – auf praktisch
109 allen Ebenen. Beschäftigten drohen Reallohnverluste, längere
110 Arbeitszeiten, eine Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Grundsicherung
111 statt Bürgergeld, Sanktionen statt Hilfen, eine Reform der
112 Krankenversicherungen mit steigenden Kosten und massiven
113 Leistungseinschränkungen für Versicherte, eine Krankenhausreform, die bis
114 zu einem Drittel aller Standorte gefährdet und bis 2030 15 Milliarden Euro
115 einsparen soll. Dem jetzt schon völlig unterfinanzierten Pflegesystem
116 drohen für 2027/28 Einsparungen von rund 30 Milliarden Euro, bei
117 gleichzeitig steigenden Kosten und sinkenden Leistungen. Das Rentenniveau
118 wird massiv abgesenkt, die Lebensleistung insbesondere von Frauen
119 ignoriert. Das trifft Ostdeutsche besonders stark. Das durchschnittliche
120 Vermögen ostdeutscher Haushalte liegt nur bei etwa der Hälfte des
121 Bundesdurchschnitts. Dadurch fehlen Rücklagen, um Krisen abzufedern.
122 In der Jugend- und Eingliederungshilfe erleben wir die faktische
123 Abschaffung individueller Rechtsansprüche – das trifft vor allem Kinder
124 und Jugendliche in ohnehin schwierigen Lebenslagen. Die Kürzung des
125 Unterhaltsvorschusses verschärft die Armut für Alleinerziehende, die
126 Elterngeldreform verkürzt Bezugszeiträume und deckelt Leistungen. Das
127 trifft Familien und ihre Kinder – und zwar jene, die nicht mit Vermögen
128 gesegnet sind.

129 Mobilität wird teurer, ohne dass wirksame Preiskontrollen oder eine
130 ausreichende Finanzierung von ÖPNV und Deutschlandticket dem
131 entgegenstünden – von einem Ausbau der ungenügenden Angebote ganz zu
132 schweigen. Die Mobilitätsangebote im ländlichen Raum entscheiden darüber,
133 ob Menschen überhaupt noch zur Arbeit, zur Ärztin, zur Schule oder zu
134 gesellschaftlichen Angeboten kommen und am öffentlichen Leben teilhaben
135 können.

136 Der Ausbau sicherer, preiswerter erneuerbarer Energien wie Geo- und
137 Gewässerthermie wird ausgebremst. Der geplante Neubau von Gaskraftwerken
138 wird Energie gegen jede volkswirtschaftliche Vernunft für alle massiv
139 verteuern, während Entlastungen bei den Netzentgelten vor allem den
140 Konzernen zugutekommen. Am Ende werden wir die Zeche zahlen.

141 Dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur:
142 Brücken, Schienen, Straßen, Kitas, Schulen, Universitäten, Energie- und
143 Verkehrswende, Krankenhäuser – für all das ist kein Geld da. Stattdessen

144 fließen hunderte Milliarden in Rüstung und Bundeswehr – eine umfassende
145 Militarisierung unserer Gesellschaft. Geld, das in Aufrüstung fließt,
146 steht nicht für die öffentlichen Aufgaben zur Verfügung, die soziale
147 Sicherheit und politische Teilhabe erst ermöglichen. Für uns gehört der
148 Kampf ums Soziale und um den Frieden deshalb zusammen. Wir wollen den
149 gesellschaftlichen Reichtum für ein gutes Leben, handlungsfähige Kommunen
150 und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge einsetzen – nicht für
151 immer weitere Aufrüstung. Immer mehr Kommunen stehen mit dem Rücken zur
152 Wand, können kaum notwendige Angebote aufrechterhalten, geschweige denn
153 freiwillige. Die Prioritäten sind falsch gesetzt – und wir alle merken
154 das, jeden Tag.

155 Das ist weder eine Frage fehlender Ressourcen, noch eine Reihe
156 unglücklicher Einzelentscheidungen. Das ist hemmungslose Lobbypolitik für
157 Millionäre, Milliardäre und Konzerne.

158 **c) Brandenburgs Landesregierung: planlos, mutlos, tatenlos.**

159 Die Brandenburger Landesregierung spart und kürzt.

160 Die geplanten und dringend notwendigen Verbesserungen des
161 Personalschlüssels im Krippen-Bereich wurden bereits gestrichen, obwohl
162 sinkende Kinderzahlen eine bessere Personalausstattung ermöglichen würden,
163 ohne mehr Geld ausgeben zu müssen. Statt Erzieher*innen im System zu
164 halten, wirksam zu entlasten und so das System zu stabilisieren, werden
165 Einrichtungen geschlossen, längere Betreuungszeiten unmöglich gemacht und
166 damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf torpediert – auf dem Rücken
167 der Kinder, ihrer Eltern und der Beschäftigten. Und damit nicht genug: mit
168 dem aktuellen Gesetzentwurf steigen außerdem Gebühren und Kosten fürs
169 Mittagessen massiv.

170 Den Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land hat die Landesregierung
171 bereits nach wenigen Wochen aufgegeben. Längst sind Schließungen und
172 Teilschließungen vollzogen und weitere drohen. Es gibt nicht einmal den
173 Versuch eines Gegensteuerns. Dabei kosten Wege bis zu 90 min bis zum
174 nächsten Krankenhaus im Ernstfall Menschenleben!

175 Der ÖPNV erlebt massive Angebotskürzungen, sowohl im Regionalverkehr des
176 Landes als auch im Busverkehr der Kreise, während Investitionsmittel für
177 die Finanzierung der Verkehrswende – etwa die Umstellung der
178 Fahrzeugflotten – nicht bereitgestellt werden.

179 Die Einschränkung individueller Rechtsansprüche und die Kürzung des
180 Unterhaltsvorschusses auf Bundesebene werden zu massiv steigenden

181 **Hilfebedarfen in den Kommunen führen – bei gleichzeitigen Mittelkürzungen.**

182 Die Landesregierung hat die Streichung des Familienleistungsausgleichs
183 zwar um ein Jahr verschoben, verschiebt damit aber nur das Problem für die
184 Kommunen nur auf den kommenden Haushalt; das Ausbluten und die Streichung
185 freiwilliger Leistungen drohen weiterhin. Kinder, Jugendliche und ihre
186 Familien sind am Ende die Verlierer.

187 Gerade auch im ländlichen Raum werden grundlegende politische Konflikte
188 zwischen den Interessen der Menschen und denen des Kapitals immer
189 deutlicher sichtbar. Während Leistungen der Daseinsvorsorge von Bildung
190 über Gesundheit und Pflege bis zur Verkehrsanbindung immer weiter
191 reduziert werden und das Leben in den Dörfern so immer schwieriger machen,
192 steigt gleichzeitig der Verwertungsdruck. Solar- und Windparks sind ein
193 wichtiger Teil der dringend nötigen Energiewende. Aber deren Erträge
194 müssen den Kommunen zugute kommen, die sie beherbergen und nicht als
195 Profite in die Taschen der Konzerne fließen. Rechenzentren und
196 industrielle Großprojekte wie z.B. die geplante Autofabrik bei
197 Fürstenwalde, die lebensnotwendige Ressourcen gefährden oder gar zu
198 zerstören drohen, der Ausbau militärischer Infrastruktur werden ohne
199 Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen geplant. Der ländliche Raum ist
200 deshalb nicht Peripherie gesellschaftlicher Entwicklung, sondern zentraler
201 Austragungsort eines Strukturwandels, in dem sich entscheidet, wer über
202 Boden, Wasser, Energie und Infrastruktur verfügt, wer über Veränderungen
203 bestimmt und ob die Menschen vor Ort von ihnen profitieren.

204 Die aktuelle Landesregierung setzt bundespolitischen Kürzungen bislang
205 widerstandslos um. Sie verstärkt deren negative Wirkung gar noch durch den
206 eigenen Sparkurs und falsche Prioritäten. Gerade für Brandenburg braucht
207 es eine Politik, die soziale Sicherheit, kommunale Handlungsfähigkeit und
208 gleichwertige Lebensverhältnisse verteidigt.

209 **d) Staatliches Versagen. Zerstörtes Vertrauen.**

210 Diese Politik hat dramatische Folgen. Denn der Rückzug des Staates aus
211 seiner sozialen Verantwortung führt zum Funktionsversagen lebenswichtiger
212 Systeme – der Alltag funktioniert für immer mehr Menschen nicht mehr.
213 Wohnen, Energie, ein gefüllter Kühlschrank, Gesundheit, Bildung, Kultur
214 und Freizeit – all das wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Das
215 Sozialstaatsversprechen, dass jede*r von uns in Notlagen geschützt ist,
216 gilt nur noch mit erheblichen Einschränkungen. Gleichzeitig sehen wir die
217 Anhäufung leistungsloser Vermögen durch Spekulation, Erbschaften und
218 Ausbeutung. Die Vermögenden bewegen sich ganz selbstverständlich außerhalb

219 des Solidarsystems. Das widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der
220 Menschen. Und es zerstört das Vertrauen in staatliche Institutionen. Der
221 Schutz vor individuellen Notlagen und die Gewährleistung von
222 Chancengerechtigkeit sind Minimalanforderungen an den Staat.

223 **3. Die Linke - Pol der Hoffnung. Gemeinsam Brandenburg**
224 **verändern.**

225 Wachsende Wut und Angst bei den Menschen – aber auch der Widerstand
226 gegen die schamlose Bereicherung weniger, den hemmungslosen Sozialabbau
227 und die Militarisierung unserer Gesellschaft. Seit der Landtagswahl 2024
228 hat der Widerstand gegen diese neoliberale Politik in Brandenburg keine
229 parlamentarische Stimme mehr. Die Linke ist trotz fehlender Stimme im
230 Parlament Partnerin sind für Gewerkschaften, Wohlfahrt, Vereine, Verbände
231 und Initiativen in den Kommunen und im Land. Gerade deshalb bleibt Die
232 Linke für viele Menschen in Brandenburg ein Pol der Hoffnung.

233 Viele Menschen kämpfen für ihre Rechte, ihre Ideen, ihre Projekte.
234 Ausgangspunkt sind dabei häufig Entscheidungen oder Probleme, die sie ganz
235 konkret betreffen: Beschäftigte und Gewerkschaften kämpfen für gute Löhne
236 und Arbeitsbedingungen, Patient*innen und Pflegepersonal gegen Stations-
237 und Standortschließungen, Erzieher*innen, Lehrkräfte, Schüler*innen und
238 Eltern für bessere Bildung, die LSBTIQ-Community für ihre Rechte. Menschen
239 ganz unterschiedlicher Hintergründe stellen sich dem aufkommenden
240 Faschismus entgegen.

241 Aber zu oft laufen diese Kämpfe noch nebeneinander, obwohl sie
242 zusammengehören. Nicht nur das macht Bündnisarbeit herausfordernd. Denn
243 das Misstrauen gegen das politische System sitzt auch bei vielen
244 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen tief. Und wo es sich auf Parteien
245 bezieht, kann es auch Die Linke mit einschließen. Genau deshalb darf Die
246 Linke in diesen Bündnissen nicht unsichtbar werden, sondern muss sich als
247 verlässliche, aktive und eigenständige Partnerin einbringen.

248 Dabei geht es nicht darum, über Bewegungen und Initiativen zu bestimmen,
249 sondern gemeinsam mit ihnen gesellschaftliche Gegenmacht zu entwickeln.
250 Unsere Aufgabe als Linke ist es, die unterschiedlichen Kämpfe aufeinander
251 zu beziehen und gemeinsam sichtbar zu machen, was sie verbindet: die
252 Frage, wer über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen entscheidet und wie
253 wir gesellschaftliche Machtverhältnisse gemeinsam verändern können.

254 Menschen, die sich in Gewerkschaften, antifaschistischen Bündnissen, der
255 Klimabewegung, Vereinen und Initiativen engagieren, müssen wissen, wofür

256 Die Linke steht. Zu oft erleben wir in zugespitzten Wahlkämpfen den
257 Aufruf, im Zweifel taktisch zu wählen, um die extreme Rechte zu
258 verhindern. Wir müssen deutlich machen, dass der Kampf gegen die extreme
259 Rechte mehr braucht als die Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo
260 – und dass es eine starke Linke braucht, die soziale Sicherheit,
261 Antifaschismus, Frieden und die Veränderung gesellschaftlicher
262 Machtverhältnisse miteinander verbindet.

263 Wir wollen unseren Dunstkreis verlassen und suchen an der Haustür und in
264 Sozialberatungen das Gespräch mit denjenigen, die genauso frustriert sind
265 wie wir. Wir fragen, welche Probleme und Sorgen dahinterstehen. Wir bieten
266 konkrete Hilfe an, wo wir diese vermitteln können. Vor allem aber laden
267 wir alle ein, sich mit uns zu organisieren. Wo rassistisch oder
268 menschenfeindlich argumentiert wird, widersprechen wir.

269 Das gilt in besonderer Weise für den ländlichen Raum. Wo öffentliche und
270 zivilgesellschaftliche Strukturen kaum noch existieren, dürfen wir als
271 Linke nicht verschwinden. Gerade dort wollen wir ansprechbar und
272 organisiert sein. Denn wenn demokratische Politik vor Ort nicht mehr als
273 Möglichkeit gemeinsamer Veränderung erlebt wird, überlassen wir das
274 entstandene Vakuum denen, die gesellschaftliche Ohnmacht in Ressentiment
275 und Ausgrenzung übersetzen.

276 Wir wissen: der Kampf um soziale Sicherheit und der Kampf um die
277 Demokratie gehören zusammen – sie können nicht getrennt voneinander
278 geführt werden. Die Linke ist deswegen Bindeglied in diesen Kämpfen. Wir
279 bringen Menschen zusammen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

280 **4. Für ein Land, das allen gehört**

281 Dem neoliberalen und autoritären Rollback auf allen Ebenen setzen wir eine
282 klare demokratische und soziale Offensive entgegen: wir brauchen einen
283 Sozialstaat, der seinen Namen wieder verdient. Der bei all seinen
284 politischen Entscheidungen den Mensch in den Mittelpunkt stellt und die
285 soziale Sicherheit garantiert.

286 Aber unser Anspruch geht darüber hinaus: Wir wollen die Verhältnisse
287 verändern, die soziale Ungleichheit und politische Ohnmacht immer wieder
288 hervorbringen. Es geht darum, gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu
289 verteilen, öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken und die Macht über
290 unsere Arbeits- und Lebensbedingungen von oben nach unten und von privat
291 zu gesellschaftlich zu verschieben.

292 Wir brauchen eine Demokratie, in der die Menschen eine Stimme haben und

293 gehört werden. Ihre Sorgen und Probleme müssen wahr- und ernstgenommen
294 werden. Politisches Agieren muss sich dennoch an Fakten und
295 wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten, statt an Kampagnen von Lobby-
296 Agenturen oder Social-Media-Shitstorms. Politik muss Angst nehmen und
297 Sicherheit geben und, Probleme rational und nachhaltig lösen. Wenn sie
298 sichtbare Verbesserung im Alltag schafft, schafft sie auch neues Vertrauen
299 in die Demokratie. Wir brauchen eine Demokratie, in der sich die Menschen
300 in einer Frage einig sind: demokratiefeindliche Bestrebungen konsequent
301 auszugrenzen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des
302 Rechtsstaates in ihre Schranken zu weisen.

303 Für einen starken Sozialstaat

304 Wir stehen für den Ausbau sozialer Sicherheit statt ihrer weiteren
305 Aushöhlung:

- 306 • sicherstellen von bezahlbaren Mieten und Lebenshaltungskosten
- 307 • eine sanktionsfreie & armutsfeste Mindestsicherung statt verschärfter
308 Sanktionen
- 309 • eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit, Pflege & Rente
310 statt weiterer Kürzungen in diesen Systeme
- 311 • barrierefreie und bezahlbare Mobilität über ein dauerhaft
312 preisstabiles und günstiges Deutschlandticket, ein kostenfreies
313 Sozialticket sowie eine wirksame Preiskontrolle für Kraftstoffe
- 314 • den Erhalt des Unterhaltsvorschusses und dessen Ausweitung bis zum
315 Abschluss der 1. Berufsausbildung analog des regulären
316 Unterhaltsanspruchs sowie den Erhalt der individuellen
317 Rechtsansprüche auf Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe
- 318 • eine Investitionsoffensive für öffentliche Infrastruktur,
319 insbesondere in den Kommunen: Schulen, Kitas, Sport, Verkehrswege,
320 Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung – damit der Alltag wieder
321 funktioniert.

322 Für Brandenburg heißt das: Das Land darf die Kürzungspolitik des Bundes
323 nicht einfach an die Kommunen und die Menschen weiterreichen. Einsparungen
324 im kommenden Doppelhaushalt dürfen nicht zulasten von Sozialem, Bildung,
325 Kita, Jugendhilfe, Gesundheit und Beratungsangeboten gehen. Städte,
326 Gemeinden und Landkreise müssen finanziell in die Lage versetzt werden,
327 öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und ihre Entwicklung wieder selbst
328 gestalten zu können. Das gilt besonders für den ländlichen Raum:
329 Gleichwertige Lebensverhältnisse dürfen nicht davon abhängen, in welcher

330 Kommune jemand lebt. Deshalb fordern wir:

331 • sinkende Kinderzahlen zur Verbesserung der Betreuungsrelation in den
332 Kitas zu nutzen!

333 • Krankenhausstandorte aktiv zu erhalten – notfalls über Förderung,
334 Kooperationsmodelle, Einbindung der Kommunen und Beschäftigten.

335 • das Land Brandenburg soll öffentliche Aufträge und
336 Wirtschaftsförderung verbindlich an Tariftreue und gute
337 Arbeitsbedingungen knüpfen.

338 • Eine bedarfsgerechte Kommunalfinanzierung, die kommunale
339 Gestaltungsspielräume schafft.

340 • Ein Landesinvestitionsprogramm für Infrastruktur und die strikte
341 Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

342 Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Öffentliches Eigentum
343 verbinden wir mit demokratischer Kontrolle. Beschäftigte, Nutzer*innen und
344 kommunale Vertretungen sollen bei grundlegenden Entscheidungen
345 öffentlicher Unternehmen mitbestimmen können. Entscheidungen über
346 Angebote, Preise und Investitionen müssen transparent und am Gemeinwohl
347 ausgerichtet sein. Mit einem Landesinvestitionsprogramm für Wasser-,
348 Wärme- und Energieversorgung sowie den ÖPNV soll die bezahlbare
349 Daseinsvorsorge der Bevölkerung und ökologische Wende in öffentlicher Hand
350 sichergestellt werden. Die Wasserversorgung der Bevölkerung muss Vorrang
351 vor den Interessen von Konzernen haben. Wohnungsbauförderung darf es
352 künftig nur noch für öffentliche und genossenschaftliche Akteure geben –
353 mit dauerhafter Zweck- und Preisbindung. Damit öffentliches Geld nicht in
354 privater Rendite verschwindet, sondern dauerhaft bezahlbaren und
355 bedarfsorientierten Wohnraum schafft.

356 Das Geld für soziale Sicherheit, handlungsfähige Kommunen und eine gute
357 öffentliche Daseinsvorsorge ist da. Die entscheidende Frage ist, wie der
358 gesellschaftliche Reichtum verteilt wird und wofür wir ihn einsetzen. Und
359 wir drehen die Frage um: Nicht unsere Vorstellung sozialer Sicherheit ist
360 wirtschaftlich unrealistisch. Wirtschaftlich verantwortungslos ist eine
361 Politik, die öffentliche Infrastruktur verfallen lässt, notwendige
362 Investitionen in Bildung und Daseinsvorsorge verschleppt und zugleich die
363 ökologischen Grundlagen unseres zukünftigen Wohlstands aufs Spiel setzt.
364 Wer Klimaschutz und Klimaanpassung heute mit Verweis auf vermeintlich zu
365 hohe Kosten unterlässt, spart nicht, er verlagert nur die Rechnung in die
366 Zukunft und macht sie größer. Wirtschaftliche Vernunft bedeutet für uns,
367 den gesellschaftlichen Reichtum so einzusetzen, dass auch morgen noch ein

368 **gutes Leben möglich ist. Dafür braucht es:**

- 369 • ein gerechtes Steuersystem, das hohe Einkommen und Vermögen stärker
370 belastet als niedrigere, in dem leistungsloses Einkommen (aus Zinsen
371 oder Spekulationsgewinnen) mindestens wie Einkommen aus Arbeit
372 besteuert wird und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und
373 eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften
- 374 • eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit, Pflege und
375 Rente, in die alle einzahlen müssen, auf alle Einkommensarten und
376 ohne Beitragsbemessungsgrenze
- 377 • ein Profitverbot für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge:
378 Wohnen, Gesundheit & Pflege, Energie, Wasser, ÖPNV, das sicherstellt,
379 dass die Mittel der Versorgung, guten Arbeitsbedingungen sowie
380 notwendigen Rücklagen und Investitionen dienen und nicht als Gewinne
381 an private Eigentümer*innen ausgeschüttet werden
- 382 • ein Vorrang für Investitionen in den Erhalt und Ausbau öffentlicher
383 Infrastrukturen vor Militärausgaben

384 **Demokratie-Offensive von unten**

385 Wir sagen deutlich: wer über die Bedingungen unseres Lebens entscheiden
386 kann und wer von diesen Entscheidungen ausgeschlossen bleibt, ist für uns
387 die entscheidende demokratische Frage. Mitbestimmung darf nicht an der
388 Wahlurne enden. Sie gehört in die Betriebe, in Nachbarschaften und
389 Wohnhäuser, in Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen. Demokratie muss vom
390 Kopf auf die Füße gestellt werden: durch Räte und Beiräte, in denen
391 Menschen überall dort mitentscheiden, wo sie leben und arbeiten.

392 Wenn Einzelne oder eine kleine Minderheit über so viel Vermögen verfügen,
393 dass sie gesellschaftliche und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten
394 beeinflussen können, während Kommunen Schwimmbäder schließen, Buslinien
395 streichen und soziale Infrastruktur abbauen müssen, dann besteht
396 Gleichheit nur auf dem Papier. Deshalb gehört für uns die Verteilung des
397 gesellschaftlichen Reichtums untrennbar zur Demokratiefrage.

398 Von der Wertschöpfung und vom Reichtum profitieren in unserer Gesellschaft
399 nur einige wenige überproportional. Die neureiche Tech-Elite verschiebt
400 dieses Verhältnis weiter zu ihren Gunsten. Mit dem Einsatz Künstlicher
401 Intelligenz stellt sich deshalb nicht nur die Frage, welche Tätigkeiten
402 sich verändern oder wegfallen, sondern vor allem, wer über den Einsatz
403 neuer Technologien entscheidet und wem die dadurch entstehenden
404 Produktivitätsgewinne zugutekommen. Technischer Fortschritt muss das Leben

405 und die Arbeit der Menschen verbessern, statt Profite zu steigern und
406 Arbeitsdruck zu erhöhen. Produktivitätsgewinne müssen sich in höheren
407 Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten und mehr gesellschaftlichem Wohlstand für
408 alle niederschlagen.

409 Demokratie ist dann überzeugend, wenn Menschen sie in ihrem Alltag als
410 funktional erleben, wenn erlebte demokratische Aushandlungsprozesse
411 konkrete Veränderungen in ihrem Leben bedeuten. Deshalb setzen wir dem
412 Angriff auf die Demokratie eine Demokratie-Offensive von unten entgegen.
413 Wir wollen lokale Strukturen demokratisieren: mehr Mitbestimmung in
414 Betrieben, in Nachbarschaften, in Kommunen. Wirtschaftsmitbestimmung, die
415 Vergesellschaftung zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge, so dass Gewinne
416 nicht mehr abgeführt, sondern reinvestiert werden und starke
417 Mitbestimmungsrechte sind für uns keine Nebenthemen, sondern zentrale
418 Fragen gesellschaftlicher Teilhabe. Stabile Kommunalfinanzen sind dafür
419 die Grundlage: Ohne handlungsfähige Kommunen keine funktionierenden
420 sozialen und zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort.

421 Das gilt auch auf Landesebene: Der Schutz und die Förderung
422 zivilgesellschaftlicher Strukturen und Netzwerke – von CSDs über Queer- und
423 Frauenarbeit bis zur politischen Bildung – müssen ausgebaut werden, statt
424 Kürzungen zum Opfer zu fallen. Deswegen setzen wir auf Regel- statt
425 Projektförderung für dauerhaft notwendige Strukturen und den Ausbau
426 zivilgesellschaftlicher Teilhabe-, Beratungs- und
427 Unterstützungsstrukturen, z.B. in den Bereichen Antidiskriminierung,
428 Frauen und Familien, Demokratiearbeit und politische Bildung. Da das
429 kulturelle, soziale und demokratische Angebot abseits der Ballungszentren
430 oftmals deutlich geringer ausfällt, sind die Konsequenzen einer
431 unsicheren, befristeten Projektförderung im ländlichen Raum in besonderer
432 Weise spürbar.

433 Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben
434 teilnehmen können. Dafür brauchen wir barrierefreie öffentliche Angebote
435 sowie verlässlich finanzierte Schutz- und Beratungsstellen. Wir treten
436 geschlechtsspezifischer Gewalt, Rassismus und Queerfeindlichkeit entgegen.
437 Herkunft und Aufenthaltsstatus dürfen kein Hindernis für gesellschaftliche
438 Teilhabe sein.

439 Zu unserer demokratischen Perspektive gehört auch der Antimilitarismus:
440 Eine Gesellschaft, die immer größere Ressourcen für Aufrüstung
441 mobilisiert, während bei Bildung, Pflege, Wohnen, Verkehr und kommunaler
442 Infrastruktur das Geld fehlt, setzt politische Prioritäten gegen die

443 Interessen der Mehrheit. Wir widersprechen einer Politik, die Aufrüstung
444 und Militarisierung zunehmend als alternativlos darstellt und
445 gesellschaftliche Debatten darüber verengt. Über Krieg und Frieden,
446 Sicherheit und den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen muss demokratisch
447 gestritten werden. Für uns gehören der Kampf um Demokratie und
448 Sozialstaat und der Kampf um den Frieden zusammen.

449 **5. Unsere Perspektive: Seid Mensch!**

450 Die Linke Brandenburg will einen gesellschaftlichen Perspektivwechsel.
451 Diesen erkämpfen wir gemeinsam mit einer starken, selbstbewussten
452 Zivilgesellschaft, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, antifaschistischen
453 Initiativen und all jenen, die für ein solidarisches Brandenburg streiten.
454 Gemeinsam mit ihnen - vor Ort, in den Betrieben, in den Kommunen, im
455 direkten Gespräch mit den Menschen, die frustriert sind, die hoffen und
456 die Brandenburg mit uns verändern wollen, werden wir unser Wahlprogramm
457 und unsere Ziele für 2029 erarbeiten. Gemeinsam mit ihnen werden wir in
458 den kommenden drei Jahren für konkrete Verbesserungen im Alltag der
459 Menschen kämpfen – große und kleine. So wollen wir verloren gegangenes
460 Vertrauen wieder aufbauen: nicht durch Ankündigungen, sondern durch
461 Haltung und Präsenz.

462 Als geeinte, starke und kämpferische Linke wollen wir bis dahin präsent
463 sein – eine Partei, die man in jedem Landkreis, in jeder Stadt und in
464 jedem Dorf findet. Eine Partei, die Bündnisse schmiedet, ohne sie zu
465 dominieren, aber auch ohne in ihnen unsichtbar zu werden. Eine Partei, die
466 das Land nicht den Rechten überlässt und die auch dann noch klar Position
467 bezieht, wenn andere schweigen. . Eine Partei, die nicht nur für Menschen
468 spricht, sondern gemeinsam mit ihnen gesellschaftliche Macht aufbaut und
469 Veränderung organisiert. Nur gemeinsam können wir uns den
470 Herausforderungen der Zukunft stellen.

471 So wollen wir 2029 stark in den Landtag zurückkehren – nicht für uns
472 allein, sondern weil die gesellschaftlichen Kämpfe in Brandenburg auch
473 dort wieder eine verlässliche linke Stimme brauchen. Unser Ziel reicht
474 über Wahlen hinaus: Wir wollen gemeinsam ein Brandenburg schaffen, in dem
475 nicht Vermögen und Eigentum darüber entscheiden, wer gehört wird und wer
476 gestalten kann. Ein Brandenburg, in dem der gesellschaftliche Reichtum dem
477 guten Leben aller dient und die Menschen selbst über die Bedingungen ihres
478 Lebens mitentscheiden.

479 Darum bleibt unser Auftrag so einfach wie anspruchsvoll: Rosa Luxemburgs

480 Mahnung, „dass Du Mensch bleibst“, und Margot Friedländers Vermächtnis
481 „Seid Menschen“ sind für uns politische Verpflichtung - Menschlichkeit zu
482 verteidigen, Gerechtigkeit zu schaffen und Faschismus überall
483 entgegentreten.
484 **Denn dieses Land gehört uns allen.**